

Stadt aus dem Bestand entwickeln

Uwe Rada

Es war ein Glücksgriff für das Podium. Alexander Stöckl sollte auf der Veranstaltung „Nachverdichtung und Konflikte“ im Rahmen der Reihe „Stadt im Gespräch – Berlin im Wandel“ ein Beispiel nennen, wie gelungene Partizipation funktioniert, und das tat das Vorstandsmitglied der „Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892“ mit großem Engagement und auch mit ein wenig Stolz.

Stöckl berichtete von einer Siedlung seiner Genossenschaft im Wedding. Sie stamme aus dem Städtebau der sechziger und siebziger Jahre mit vielen „Luftgeschossen“, wie er es nannte. „Damals wollte man einen Durchgang vom öffentlichen Raum zum halböffentlichen Raum einer Siedlung schaffen.“ Doch das scheiterte. Am Ende stand um die Siedlung ein Zaun. „Wir haben dann die Luftgeschosse zu Apartments für Studierende und Senioren umgebaut“, berichtete Stöckl. „Inzwischen sitzen die Studierenden vor den Apartments und trinken Kaffee und die andern kommen vorbei.“

Nachverdichtung kann also erfolgreich sein, wenn man die Menschen dabei mitnimmt. Das ist die Botschaft von Alexander Stöckl an Bausenator Andreas Geisel (SPD) auf der Veranstaltung der Berliner Architektenkammer in der Urania. „Die Nachverdichtung gehört zu den kompliziertesten Bauaufgaben“, sagt er. „Aber die Bewohner wissen, was sie brauchen, wir müssen sie abholen.“ Sowohl bei der Schließung der Luftgeschosse



© Architektenkammer Berlin/ Meike Capatti

Den Einführungsvortrag hielt Georg Balzer, Vorsitzender im Ausschuss Stadtentwicklung und Partizipation

als auch beim Neubau eines Wohnhauses auf den Fundamenten eines Parkhauses, das dafür am Nettelbeckplatz rückgebaut wurde, sei ein wichtiges Argument gewesen, dass man keine neuen Grünflächen versiegele.

Dass diese „komplizierte Bauaufgabe“ zu bewältigen ist, hatte bereits vor der Ge-

sprächsrunde Georg Balzer vom Arbeitskreis Stadtentwicklung und Partizipation der Architektenkammer Berlin in seinem Input-Vortrag mit zahlreichen Beispielen belegt. „Es ist wichtig, mit integrierter Planung zu arbeiten“, betonte Balzer. „Wir dürfen nicht nur das Grundstück sehen, sondern auch den Klima-



Nachverdichtung am Nettelbeckplatz, Tafkaoo Architekten

schutz, Nachbarschaft und Partizipation einbringen.“ Baukultur bedeute auch gesellschaftliche Teilhabe. Politische Aktualität und Brisanz bekam das von Tagesspiegel-Autor Robert Ide moderierte Panel durch einen Bauantrag der landeseigenen Gesobau in Pankow. Im Viertel zwischen Schlosspark, Ossietzkystraße und Wolfshagener Straße hatte der Bezirk 2021 einen so genannten Klima-Bebauungsplan aufgestellt – und ein massives Nachverdichtungsprojekt der Gesobau abgelehnt. Nun etikettierte die Wohnungsbaugesellschaft ihr Vorhaben schlicht um und will Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge bauen. Die nämlich kann die Senatsbauverwaltung auch gegen den Bezirk genehmigen.

Von einem „juristischen Winkelzug“ sprach Julia Dimitroff vom Bündnis für nachhaltige Stadtentwicklung und fragte Bausenator Geisel: „Wie halten Sie es mit der Demokratie?“ Geisel verwies auf die steigenden Zahlen von Flüchtlingen und fragte ungewohnt emotional zurück: „Soll ich denen sagen, sie bleiben dauerhaft in den Hangars von Tegel und Tempelhof?“ Diese Verantwortung müsse wahrgenommen werden. „Wir können uns nicht einfach wegducken.“ Zwei sehr konträre Haltungen also, zwischen denen Theresa Keilhacker,

Präsidentin der Berliner Architektenkammer den Blick nach vorne richten wollte. „Wir werden als Architekten oft zwischen den Konflikten zerrieben, haben aber auch kreative Lösungen, die passgenau für die jeweilige Situation sind“, sagte Keilhacker. „Bei strittigen Bauvorhaben werben wir dafür, behutsam zu ergänzen, aber das behutsam ist entscheidend.“ Manchmal würde die Bebauung sehr „unsensibel reingeschoben“ ohne eine grüne Ausgleichsfläche, diese sei aber nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch wichtig für den sozialen Zusammenhang.

„Wurden da Fehler gemacht?“ fragte der Moderator beim Bausenator nach. „Wurde da zu forsch reingegangen?“ Antwort: „Wenn wir weniger dicht bauen, müssen wir an anderer Stelle mehr versiegeln.“ Wollte man, dass Berlin weiterhin eine grüne Stadt sei, könne man es sich nicht mehr leisten, in geringer Dichte zu bauen. „Sie können 200.000 Wohnungen nicht unauffällig bauen“, sagte Geisel im Hinblick auf die von der rot-grün-roten Senatskoalition formulierten Neubauziele.

Theresa Keilhacker blieb allerdings dabei, dass es ohne Behutsamkeit keine Akzeptanz für den Neubau gebe. Konkret nannte sie den Paragraphen 34 des Baugesetzbuchs, nach

dem vor allem im Ostteil der Stadt viele Nachverdichtungsprojekte genehmigt werden. „Wenn man danach genehmigt, braucht es Partizipation und man muss gegebenenfalls mit der Dichte etwas runtergehen, um Umweltgerechtigkeit herzustellen“, sagte sie. Lieber wären ihr allerdings „qualifizierte B-Pläne“.

Geisel widersprach, sagte, die Eigentümer könnten klagen, „wenn wir ein Geschoss weniger machen“. Daraufhin verwies Theresa Keilhacker auf den Klimaschutz, der bei Paragraph 34 „keine besondere Rolle“ spiele. Um das zu ändern, erinnerte sie an die Verabschiedung der anstehenden Bauordnungsnovelle, die es erlaube, „Architektur und einen qualifizierten Freiflächenplan zusammen zu denken“.

Zum Ende der Veranstaltung warb Julia Dimitroff, unterstützt von vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ihres Bündnisses, im ausverkauften großen Saal der Urania für eine Abkehr des Wachstumsparadigmas. „Wir bauen hier mit Sand, den die Leute in Marokko an ihrer Küste abbaggern.“ Auch Theresa Keilhacker mahnte, sich mit Alternativen zum Wachstum zu beschäftigen, etwa einer Beratung, die kluge Lösungen zur Reduzierung der Fläche und für gemeinschaftliches Wohnen ermögliche, wenn zum Beispiel die Kinder ausgezogen sind. Neben der Baukultur müsse es auch eine „Umbaukultur“ geben. „Wir müssen alle gemeinsam an dieser Transformation arbeiten.“ Dabei gelte es, „die Stadt aus dem Bestand heraus zu entwickeln.“ □

Der Video-Mitschnitt der Veranstaltung vom 19. Januar 2023 ist unter folgendem Link abrufbar:

📄 ak-berlin.de/stadtgesprach